

Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ aller organisierten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Briefe sind zu adressieren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an G. Kagerl; — Verwaltungsbefehle und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1277. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaaltene Petitzeile 20 Fig.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christenburgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: E. Gert, Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 26 b, 3. Et. — Vorsitzender der Preis-Kommission: R. Schäfer, Linden-Hannover, Marthastraße 1, 2. Etage.

Nr. 8.

Hannover, den 23. Februar 1900.

10. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In der letzten Nummer bei Eintheilung der Wahlkreise ist die Zahlstelle 107 übersehen worden. Hof gehört zum 13. Wahlkreis.

Der Hauptvorstand.

J. A.: G. Bauer.

Aus den Fabrikinspektions-Berichten für 1898.

II.

Ein eben so trübes Kapitel der Brauereiverhältnisse bildet das der Sonntagsarbeit. Die Sonntagsruhe ist zwar reichsrechtlich geregelt, für die Brauereibetriebe existiert sie aber fast ausschließlich kaum dem Namen nach, denn nicht nur lassen die gesetzlichen Bestimmungen ziemlich umfangreiche Betriebsarbeiten zu, sondern diese Ausnahmen werden auch noch fortgesetzt überschritten. Für einen Brauereileiter, der skrupellos das Interesse des Unternehmers oder der Aktionäre vertritt, ist ja nichts leichter als das; die Leute werden einfach zur Arbeit kommandiert, und kommt eine Revision, so hat es sich einfach um gesetzlich gestattete Arbeiten nach § 105c, d oder e gehandelt, wie im entsprechend geführten Verzeichnis zu lesen ist. Die letzteren werden vielfach skrupellos falsch geführt, und kommt doch einmal ein Aufsichtsbeamter hinter eine Ungeheuerlichkeit, dann beklagt sich der Brauereileiter so bitter über die angebliche Undurchführbarkeit der gesetzlichen Vorschriften, über die Zwangslage, in welche ein gewissenhafter Betriebsleiter geräth, und über sein bedauerndes Mitleid, so daß der Aufsichtsbeamte abermals ein Auge zudrückt und nachher berichtet, daß die Durchführung der Sonntagsruhe entgegenstehenden Schwierigkeiten in Brauereien noch nicht völlig überwunden seien. Kommt es aber wirklich einmal zur Anzeige und Bestrafung, so hat der Uebertreter der Sonntagsruhe das eigenthümliche Privilegium, milder bestraft zu werden, als der Uebertreter des Jügend- und Arbeiterinnenschutzes, da erstere Vergehen mit höchstens 600 Mk. Geldstrafe bedroht sind und in drei Monaten verjähren, während letztere bis 2000 Mk. bestraft und bis nach drei Jahren verfolgt werden können. Berücksichtigt man, daß die Uebertretung der Sonntagsruhe oft gewinnbringender ist, so kann man sich dem Wunsche des Beamten für Westpreußen, die Sonntagsruhevergehen nach § 146 zu bestrafen, nur anschließen, wobei es freilich noch immer an den Gerichten liegt, ob sie gewillt sind, durch strenge Bestrafung den gesetzlichen Vorschriften Respekt und den Arbeitern den ihnen nothwendigen Schutz zu verschaffen.

Im Bezirk Ostpreußen machten die Brauereien von der Sonntagsarbeit in dem Sinne des § 105c Abs. 4 (Freigabe einer 24stündigen Ruhezeit an einem Wochentage) Gebrauch; doch waren die vorgeschriebenen Verzeichnisse selten vorhanden oder die Eintragungen ungenau. In Nordhausen (Bezirk Erfurt) stellte der Gewerbeinspektor auf anonyme Anzeige hin fest, daß in einer Mälzerei die Arbeiter ohne jede Rücksicht auf die Sonntagsruhebestimmungen an Sonntagen beschäftigt wurden, trotzdem das Verzeichnis gemäß § 105c Abs. 2 geführt oder besser gesagt, den Bestimmungen entsprechend „ausgearbeitet“ worden war. Durch dieses Verzeichnis hatte sich der Beamte bei einer vorher abgehaltenen Revision täuschen lassen. Ebenso hatte der kurz vor dieser Revision rapidirende Polizeikommissar Alles in Ordnung gefunden und zum Zeichen dessen den Revisionsvermerk eingetragen. Das Strafverfahren ist eingeleitet worden. Es beweist aber dieser Fall, daß die Durchsicht der Verzeichnisse allein nicht genügt, um die Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen zu kontrollieren. Freilich genügt diese nicht, sondern es bedarf der Mitwirkung der Arbeiter bei der Inspektion, die besser als Polizeibeamte die Schliche der Betriebsleiter kennen. Im Bezirk Arnberg (Dortmund) fand der Gewerbeinspektor in einer Brauerei sämtliche Arbeiter mit Aufraumungsarbeiten beschäftigt, dies kam allsonntäglich vor. Auch der Koblenzer Beamte berichtet in konfessioneller Manier: „In den mit Brauerei nicht verbundenen Mälzereien stoßen die Vorschriften über die Sonntagsruhe noch immer auf Schwierigkeiten“. Wir haben bereits oben dargelegt, woher diese Schwierigkeiten rühren; sie werden so lange anhalten, als die Behörden und Gerichte solche Gesetzesübertreter mit übel angebrachter Nachsicht behandeln. Im Bezirk Köln wurden zwei Brauereibesitzer

und ein Braumeister wegen unzulässiger Sonntagsbeschäftigung zu 5, 5 und 10 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Mit solcher Milde werden die Sonntagsruhevergehen geradezu gezüchtet. Im Bezirk Zittau fehlten in neun Brauereien die Verzeichnisse, weswegen ein Brauereibesitzer zu 10 Mk. Geldstrafe verurtheilt wurde. Eine Untersuchung betr. ungesetzlicher Sonntagsbeschäftigung von Arbeitern in einer Brauerei und Mälzerei ergab, daß die fraglichen Arbeiter nicht unstatthaft (?) waren.

Der badische Bericht klagt, daß in Bierbrauereien die „alt eingewurzelte Gewohnheit“ herrscht, Reinigungs- und andere Arbeiten an Sonntagen vorzunehmen, die sehr gut in der Woche erledigt werden könnten. Die Zahl der bezüglichen Brauereien sei sogar im Wachsen begriffen, was auf einen systematischen Widerstand gegen die Arbeiter schließen läßt. Im Bezirk Unter-Elsaß werden in Brauereien, besonders in mittleren und kleinen Betrieben, unzulässige Sonntagsarbeit vorgenommen, die Verzeichnisse mangelhaft oder garnicht geführt oder zulässige Arbeiten in unzulässiger Ausdehnung ausgeführt. Im Bezirk Ober-Elsaß wurden den Arbeitern einer Mälzerei die nach § 105 Abs. 3 vorgeschriebene Ruhezeit vorenthalten.

Der Beamte für Württemberg III hat entdeckt, daß das Verhalten der Stadtkundschaft den in scharfen Konkurrenzampfen stehenden Brauereien die Einhaltung erschwere, weil die erstere verwöhnt (!) sei und sich nicht zur Deckung ihres Sonntagsbedarfs an Sonntagen verstehen wolle. Der Bericht für Württemberg II klagt über unrichtige Führung der Verzeichnisse: „Man kümmert sich z. B. in den Brauereien häufig nicht darum, ob die Leute tatsächlich jeden Sonntag Vormittag nicht mehr als 3 Stunden mit Mälzerei-, Gärkeller- und sonstigen unarbeitsfähigen Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung beschäftigt waren, sondern trägt diese Zeit schablonenmäßig in das Verzeichnis ein; in verschiedenen Fällen war dies schon für künftige Sonntage (im Voraus) geschehen (!). Nicht selten ist eine Nachprüfung der Eintragungen für erforderlich gehalten worden und hat deren Unrichtigkeit ergeben.“ Gleiches wird auch aus Württemberg III und Oldenburg berichtet. Weiter heißt es im Bericht für Württemberg II: „Bei der Revision einer Brauerei, in der das Verzeichnis ungeachtet früherer Auflagen nicht geführt war, wurde erhoben, daß die Brauer- und Mälzergehilfen jeden Sonntag Vormittag 4 Stunden, manchmal auch noch länger, der Bierfieder z. B. häufig 5 Stunden, mit „Reinigungs- und Instandhaltungs-, Gärkeller- und Mälzearbeiten“, und die Mälzer außerdem im Winterhalbjahr jeden Sonntag Abend etwa 1 Stunde lang mit „Hausenwenden“ beschäftigt worden waren, und daß von etwa sieben jüngeren Gehilfen abwechselungsweise einer auch noch jeden Sonntag Nachmittag von 1—6 Uhr während der Sommermonate Du jour hatte, ferner, daß der Heizer, dem zugleich die Wartung der Dampf- und Gismaschine oblag, an etwa 13 auf einanderfolgenden Sonntagen jedesmal von 3 oder 4 Uhr Morgens bis 6 oder 7 Uhr Abends durch den für die Kühlung der Keller während der wärmeren Jahreszeit nöthigen Gismaschinenbetrieb in Anspruch genommen worden war.“ Wie da noch von Sonntagsruhe gesprochen werden kann, ist uns beim besten Willen unerfindlich. Die Gewerbeinspektoren sollten sich nicht daran genügen lassen, diese Mißstände zu schildern, sondern die betreffenden Betriebe namhaft machen, um den Arbeiterorganisationen ein energisches Vorgehen gegen deren ungesetzliche Ausbeutung der Arbeitskräfte zu ermöglichen. Wir schließen aber auch hier mit dem Urtheil, daß nur eine scharfe Kontrolle und strenge Bestrafung der Schuldigen, vom Vorderburschen bis zum Betriebsleiter und Unternehmer, der Sonntagsruhe im Brauereibetriebe eine wenigstens den gesetzlichen Schranken entsprechende Durchführung zu sichern vermag.

Hinsichtlich der Gesundheitsverhältnisse in Brauereien geben die Berichte wenig Auskunft; sie halten dieses Kapitel nach den 1897er hygienischen Untersuchungen wahrscheinlich für erschöpfend behandelt. Nur der badische Bericht stellt die Unterkunftsräume für die in der Brauerei wohnenden Gesellen in Vergleich mit denen in Buchdruckereien; dieser Vergleich fällt sehr zu Ungunsten der Brauereien aus. In den bayerischen Berichten werden die Schlafräume ausführlicher behandelt; wir verweisen diesbezüglich auf unsere speziellen Artikel in No. 27 und 28 v. J. Der unterfränkische Bericht bringt noch einen gefand-

heitschädlichen Mißstand aus einer der größten Brauereien des Bezirks zur Kenntniß. Dort besteht „nach wie vor und entgegen der bereits gegebenen Zusicherung die Unsitte, daß einer der Maschinisten stets Tagdienst, der andere stets Nachtdienst zu machen hat. Diese ungebührliche Einrichtung hat ihre eigentliche Ursache in der Bequemlichkeit des nächsten Vorgesetzten der Weiden und wird nun durch polizeiliche Verfügung beseitigt werden.“

Dagegen ist das Kapitel der Unfälle wiederum sehr umfangreich. Im Bezirk Westpreußen wiesen die Brauereibetriebe eine „verhältnismäßig hohe Unfallziffer“ auf. Im Bezirk Kassel entfielen 91 Unfälle auf die Brauerei-Berufsgenossenschaft, im Bezirk Münster 2 Todesfälle, im Bezirk Chemnitz 58 Unfälle, im Bezirk Zwickau 51 Unfälle, im Bezirk Baugen 11, im Bezirk Oberelsaß 15, im Bezirk Lothringen 18 Unfälle. Die Unfälle weisen ganz allgemein eine erhebliche Steigerung auf (im ganzen Reich von 382 307 auf 407 522 gemeldete, darunter von 7416 auf 7984 tödtliche Unfälle!). Die Zunahme wird allgemein in den Berichten auf die in Folge der günstigen Wirtschaftskonjunktur erhöhte Betriebsamplitude und auf die Einstellung zahlreicher ungeübter Arbeitskräfte zurückgeführt. Die früher beliebte Entschuldigung, die kürzlich sogar Graf v. Posadowsky im Reichstage aufwärmte, daß die Zunahme der Unfälle nur scheinbar durch häufigere Meldung seitens der Arbeiter herbeigeführt sei, lassen die meisten Berichterstatter verständigerweise beiseite. Aber auch mit dem Argument der günstigen Wirtschaftskonjunktur dürfte es etwas hapern. Die Wahrheit ist, daß der Betrieb ungeachtet der Konjunktur immer intensiver, die Ausnützung der Arbeitskräfte immer stärker wird. Darin liegt die Hauptursache der steigenden Unfallfrequenz und zugleich ein Wink für die Aufsichtsbeamten, wie sie der wachsenden Unfallgefahr entgegenzuwirken haben. Verkürzung der Arbeitszeit und ausreichende Pausen im Allgemeinen, vorsichtige Auswahl und fachkundige Ueberwachung der Arbeiter in gefährlichen Maschinen-, Ofen- und Kesselbetrieben, Ausschluß jugendlicher und unbeholfener Personen von der Bedienung gefährlicher Maschinen, genügende Beleuchtung und Instandhaltung der Arbeitsplätze und Schutz des Arbeiters gegen Ueberbürdung, das sind die Grundforderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Unfallverhütung.

Von den besonders erwähnten Unfällen treten diejenigen an Fahrstühlen und Aufzügen, sowie die infolge von Explosionen erfolgten hervor. Trotz der fortgesetzten Mahnungen der Aufsichtsbeamten und der berufsgenossenschaftlichen Vorschriften werden noch immer in zahlreichen Fällen ungeschützte Lastenaufzüge und Fahrstühle zu verbotswidriger Personenbeförderung benutzt. Die Schuld liegt zumeist an mangelnder oder unzuverlässiger Aufsicht über diese gefährlichen Betriebstheile oder an deren ungenügenden Schutz und Abschluß gegen unbefugte Personen. Im Bezirk Chemnitz stürzte ein Drauführer auf unausgesehene Weise in den Aufzugschacht und wurde später todt aufgefunden. Da der Verunglückte von einem Hergeleiden behaftet war, so wird ein Schlaganfall vermutet. Das Gleiche passirte einem Brauer im Bezirk Koblenz, der den Aufzugschacht als Sprachrohr benutzte und durch den in Gang gesetzten Fahrstuhl zerquetscht wurde. Im Bezirk Zwickau stürzte ein Brauereiarbeiter vom Aufzug in den Schacht; einem anderen wurde der Arm zwischen Aufzug und Seitenwand geklemmt. Explosionen kamen aus verschiedenen Ursachen vor, am häufigsten beim Pichen der Lagerfässer, so im Bezirk Trier, wo bei einer solchen beide Fahböden herausgeschleudert und 1 Arbeiter durch die umherfliegenden Splinter getödtet wurde, — im Bezirk Blauen, wo 1 Arbeiter durch den herausfliegenden Fahpund und das nachfolgende heißflüssige Pech schwer verletzt wurde. Im Bezirk Mecklenburg-Schwerin explodirte ein Faß beim Abziehen unter Druck durch Ablagen des Fahbodens, wobei 1 Arbeiter getödtet wurde. Der Kölner Bericht erwähnt, daß das Auspichen großer Lagerfässer in der Brauerei zu Wahn jeht dertart geschehe, daß die Fässer innen mit Glasurharz lack angestrichen werden. Da dabei bisher gewöhnliche Laternen mit nach außen führendem Abzugsrohr verwendet wurden, so ordnete der Gewerbeath zwecks sicherer Vermeidung jeder Explosionsgefahr die Verwendung von Sicherheitslampen an.

Im Bezirk Warmen explodirte ein 50 Hektoliter-Faß beim Füllen und eine weitere Explosion ereignete sich beim Ausschleichen eines Wasserreservoirs durch Entzündung von Spiritusdämpfen.

Im Bezirk Arnberg wurde 1 Behälter durch Explosion einer gasförmigen Flüssigkeit mit flüchtigem Ammoniak getödtet. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß die Flasche mit etwa 20 Kilogramm flüchtigem Ammoniak zur schnelleren Entleerung in die Wassermaschine bei geschlossenem Ventile mit heißem Wasser angewärmt wurde. Infolge der Eigenschaft der Ammoniakflüssigkeit, sich in der Wärme sehr stark auszudehnen, hat die Flüssigkeit bald den ganzen Fassungsraum der Flasche erfüllt, sodas bei weiterer Erwärmung das Gefäß zertrümmert wurde. Ähnlichen Gefahren werden ganz besonders die Flaschen unterliegen, die infolge von Zufälligkeiten, z. B. eines geringeren Leergewichts, mit einer größeren Menge Ammoniakflüssigkeit gefüllt worden sind, als zulässig und üblich ist. Das Erwärmen gefüllter und geschlossener Ammoniakflaschen ist, wie dieser Unfall beweist, höchst gefährlich. Nach einer Mittheilung von Dr. A. Lange in der „Wochenschrift für Brauerei“ läßt sich das Einfüllen von Ammoniak in kürzester Frist ohne Erwärmung dadurch bewirken, daß man die Flasche auf den Kopf stellt. Der Inhalt wird dann vermuthlich in dem Gefäß herrschenden Ueberdruckes im Wesentlichen als Flüssigkeit in die Dampfschlange hinübergedrückt.

Anträge zum Verbandstag.

Die Zahlstelle Greiz beantragt:

1. Einen Wochenbeitrag von 30 Pfennigen einzuführen und möglicherweise das Markensystem fallen zu lassen; die Beiträge sind dann monatlich an die Hauptkasse abzuliefern.
2. Die Lokalkassen kommen in Regal und sind sämtliche Einleitungen über veranlagte Gelder an die Hauptverwaltung einzuliefern.
3. Die Kassenzeit der Arbeitslosen-Unterstützung ist auf 10 Tage herabzusetzen.
4. Die Lokalkassen, zum mindesten der Vorsitzende und Kassierer, werden für ihre Bemühungen mit 5 Prozent der Beiträge entschädigt, außerdem wird jede Sitzung (außer Versammlung) mit 20 Pfg. pro betheiligte Person entschädigt; daselbst ist bei Einfindung der Gelder, gegen Quittung, in Abrechnung zu bringen.
5. Die Agitation seitens der Hauptverwaltung ist wesentlich einzuschränken, dafür sind in den Bezirken, wo noch keine Agitations-Kommissionen vorhanden, solche zu konstituieren, eventuell solche vom Hauptvorstand einzuleiten.
6. Den Agitations-Kommissionen wird zur Pflicht gemacht, vierteljährlich einen Rapport und halbjährlich einen Tätigkeitsbericht im Verbandsorgan zu veröffentlichen.
7. Die Quartals-Abrechnungen haben bis spätestens 14 Tage nach Quartalsabschluss im Verbandsorgan zu erscheinen; Zahlstellen, welche ihre Beiträge nicht alle eingekandt, werden verurtheilt.
8. Der nächste Verbandstag findet in Leipzig statt.

Kollege Wacker, Gera, beantragt:

1. Der nächste Verbandstag findet in Halle a. S. statt.
2. Die Zweigvereinsvorsitzenden werden angewiesen, beim Wohnungswechsel denselben sofort, wenn möglich, schon zuvor bekannt zu geben.
3. Der Hauptvorstand ist gehalten, bei vorzunehmenden Agitationsvorhaben den in Betracht kommenden Zahlstellen und Agitations-Kommissionen ein gedrucktes oder holographirtes Verzeichnis der geplanten Versammlungen zukommen zu lassen.
4. Der Sitz der Hauptverwaltung bleibt Hannover.

Die Zahlstellen Saalfeld, Börsen und Neustadt beantragen:

1. Einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. einzuführen und die Beiträge monatlich an die Hauptkasse abzuliefern.
2. Die Kassenzeit der Arbeitslosen-Unterstützung ist auf 10 Tage festzusetzen.
3. Die Lokalkassenbeamten erhalten 10 Proz. der Gelder, welche der Lokalkasse gehören. Für jede Sitzung wird für die Person 20 Pfg. vergütet.

Die Zahlstelle Lützen beantragt:

1. Den nächsten Verbandstag in Lützen abzuhalten.
2. Zu § 7 hinzuzufügen: Die Mitglieder haben sich bei Beginn der Krankheit oder Arbeitslosigkeit beim Vorsitzenden resp. Unterstützungsanzahler zu melden. Die 14 tägige Krankheitszeit wird vom Tage der Anmeldung ab gerechnet. Die Arbeitslosen oder Kranken haben sich zwei Mal in der Woche beim Unterstützungs-Anzahler zu melden, wenn nicht die Kranken Mitglieder am Ausgehen verhindert sind.

Die Zahlstelle Bremerhaven beantragt:

Den Namen des Verbandes umzuändern in: „Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter“.

Korrespondenzen.

Kassbach. Zu der am Sonntag, den 4. Februar, einberufenen Versammlung des neugegründeten Zweigvereins Kassbach, welche von den dortigen Kollegen gut besucht war, hatte sich Kollege Esel aus Arnberg eingefunden, um über Zweck und Nutzen des Verbandes und seine Notwendigkeit zur Verbesserung der Lebenslage der Brauereiarbeiter zu sprechen. Er kritisierte in eingehender Weise die unzulänglichen Verhältnisse in den Kassbacher Brauereien und wies unter allseitiger Zustimmung die Möglichkeit nach, trotz der Rückschichtigkeit der dortigen Arbeiterschaft eine Besserung durchzuführen. Für sei es noch mehr wie an anderen Orten möglich, sich vollständig und eng zusammenzuschließen. Dies müßte aber geschehen, bevor irgend etwas unternommen werde. Er mahnte wiederholt, sich davor zu hüten, bevor die Organisation nicht festem Fuß gefaßt habe und richtig angebahnt sei. Insbesondere betonte Kollege Esel die Nothwendigkeit, auch die anderen Brauereiarbeiter in den Verband hineinzuverleiten. Seine Ausführungen fanden mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Besondere Kollegen erklärten, in der angeführten Weise für den Verband zu arbeiten, und besonders der Vorsitzende des Lokalkassens, Kollege Wacker, erklärte, daß er es sich angelegen sein lassen werde, alle Kollegen dem Verbande zuzuführen. Während der Versammlung lagen sich 5 Kollegen anzuwerben. Beim Abschluß des Beschlusses erklärten alle und junge Kollegen, dies anzunehmen, um die Zahlstelle Kassbach in die Höhe zu bringen. — Mögen die Kollegen sich besser immer erinnern, dass nicht es bald anders werden auch in dieser Stadt.

Getzsdorf. Kommissar Mitglieder-Versammlung vom 4. Februar im Besatz des Herrn W. Wacker in Gera. Bevor in die Tagesordnung eingetreten, wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Wacker durch Erheben von den Eigenen geleist. Um 10 Uhr wurden laut Beschluß der Generalversammlung der Bezirksleiter von Hamburg 2 Mann in die Lokalkassens gewählt und zwar 1 Mann aus dem inneren

und 1 Mann aus dem äußeren Betriebe. Ins Kartell wurde der alte Delegierte einstimmig wieder gewählt. Derselbe erstattete hierauf den Kartellbericht, welcher von der Versammlung für gut befunden wurde. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine längere Debatte, in der sich mehrere Kollegen über den schlechten Besuch der Versammlung äußerten. Es scheint den Kollegen noch zu wohl zu gehen, trotzdem es sich gezeigt hat, daß das Feiern wieder modern wird, obgleich uns die Betriebsleitung im vorigen Jahr zu Pfingsten das Versprechen gegeben hat, daß das Feiern ein Ende haben soll. Es hat sich aber gezeigt, wie leicht ein solches Versprechen vergessen werden kann. Gleich nach Neujahr mußten die Arbeiter im Flaschenkeller wieder abwechselnd feiern. Schon den zweiten Tag mußten sie nicht, wie sie die Arbeiter zusammentrommeln wollten, um nur ihre Arbeiten bewerkstelligen zu können, und schon in derselben Woche mußten mehrere Ueberstunden gemacht werden. Zum Schluß wurde von einem Kollegen der Antrag gestellt und von der Versammlung angenommen, nächstens eine Versammlung in der Nähe der Wald-Brauerei abzuhalten, da die dort beschäftigten Kollegen die Versammlungen immer sehr schlecht besuchen. — Wir wollen nun hoffen, daß sich alle Kollegen zeger wie bisher an dem Besuch der Versammlungen betheiligen.

Bochum. Am Sonntag, den 4. Februar, tagte in unserem neuen Vereinslokal bei Döll unsere Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Einziehen der Beiträge. 2. Wahl des Gesamtvorstandes und der Kartelldelegierten. 3. Lokalfrage. 4. Gründung einer eigenen Kasse für Agitationszwecke. 5. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt unser Vorsitzender einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und wies hin auf die Kämpfe, die wir durchzuwechten hatten, doch waren dieselben nicht ohne Erfolg, da wir auch in unserer Zahlstelle an einer Stelle eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden und an anderer Stelle eine Lohnerhöhung von 90 Mt. auf 95 Mt. erzielten. Weiter erwähnte er die Kollegen, treu wie bisher zum Verband zu halten, da wir nur durch Einigkeit im Stande sind, etwas zu erreichen. Unter Punkt 1 sahen sich drei Kollegen aufnehmen und einer umschreiben. Punkt 2 ergab folgendes Resultat: Kollege Schneider als 1. und Jiffer als 2. Vorsitzender, Schulte als 1. und Sigmeier als 2. Schriftführer, Möllering als 1. und Wolf als 2. Kassierer, als Kassen-Revisoren Bauer, Ostermeier und Kober, als Kartelldelegierte Scholz und Wendeler. Punkt 3 wurde bald erledigt, da sämtliche Kollegen einverstanden waren, unsere Versammlungen bei Döll weiter abzuhalten. Unter Punkt 4. Antrag des Kollegen Wacker, Gründung einer Lokalkasse für Agitationszwecke, entstand eine lebhaft Debatte. Der Vorsitzende hält es nicht für zweckmäßig, die hiesigen Kollegen mit weiteren Beiträgen zu belasten, indem ein Agitationskomitee für Rheinland und Westfalen existirt und durch freiwillige Beiträge unserer Zahlstelle unterstützt wird. Kollege Auf-Eberfeld bemerkte in seinen Ausführungen, daß es notwendig ist, an seiner Stelle einen Vertrauensmann zu wählen, der die Agitation für Bochum und Umgegend betreibt. Doch konnte dieser Punkt nicht erledigt werden und wurde deshalb auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Kollege Kaiser, Oberbursche der Viktoria-Brauerei, war inzwischen erschienen und wurde ihm auf sein Geheiß gestattet, unserer Versammlung beizumohnen. Er überreichte dem Vorsitzenden ein Schreiben, worin der neugegründete Verein die vom alten Lokalverein an die Zahlstelle Bochum übergegangenen Utensilien, bestehend aus Fahne, Schranz und sonstigen Gegenständen, zurückforderte, was von der Versammlung direkt abgelehnt wurde mit dem Hinweis, daß, wenn sich die Herren in ihrem Rechte fühlen, sie sich an eine höhere Instanz wenden mögen, da sich sämtliche maßgebenden Schriftstücke in unserem Besitz befinden. Ein Kollege aus Dortmund führte aus, auf welche unterschämte Weise die Kollegen in verschiedenen Dortmund Brauereien in den Bund hineingezungen werden und den Kollegen bei der Einstellung 5 Mt. für den Bund abverlangt wird. (Das nennt man Entlohnung, wenn es wahr ist, und gehört vor den Staatsanwalt.) Kollege Auf-Eberfeld geißelte in derden, aber treffenden Worten die verwerflichen Machinationen des Bundes und dessen Führer. An der Hand reichender Materialien wies er nach, wie dort, wo der Verband die Verhältnisse einigermaßen gebessert hat, der Bund vor keinem Mittel zurückgeht, dort seinen Einzug zu halten, und Dasjenige, was der Verband durch schwere Kämpfe erreichte, wieder illusorisch macht. Wie ferner z. B. in Breslau die Kollegen Jahre lang unter den schlechtesten Verhältnissen lebten und Delegirtenstage dort abgehalten wurden, ohne daß sich der Bund gemüht hätte, seinen Anhängern bessere Verhältnisse zu schaffen, bis vor Kurzem der Verband dort Fuß faßte und verschiedene Brauereibesitzer eine Lohnerhöhung einführten, welche sich jetzt in gewohnter naiver Weise der Bund zuschreiben erfährt. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, daß jedes Mitglied es als seine Pflicht anerkennen müsse, durch kraftvolle Agitation das Gedeihen des Verbandes fördern zu helfen und schloß mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Zentralverband deutscher Brauer und Vereinsgenossen die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Breslau. Am Montag, den 5. Februar, fand hier in der „Kaiserburg“ seit einer langen Reihe von Jahren die erste öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt. Der dicht gefüllte Saal bewies, daß auch die Breslauer Brauereiarbeiter ein Interesse an ihrer Lage bekunden. Nur die Kollegen vom Bund blieben der Versammlung fern, und zwar nach vorheriger Ermahnung und Drohung seitens des Vorstandes, daß die Besucher der Versammlung aus dem Bund gestrichen würden. Im 1. Punkt, Vortrag, sprach Kollege Bauer-Hannover über das Thema: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ Redner kam Eingangs seines Vortrages auf die Zeit zu sprechen, in welcher die Verhältnisse der Brauer sich zur Unirückigkeit gestaltet haben, was dieselben veranlaßte, sich zu organisieren und so für andere Verhältnisse zu kämpfen. Eine Geschichte des Zentral-Verbandes in kurzen Zügen war es, was der Redner hier anführte. In seinen weiteren Ausführungen kam er auf die noch jetzt, namentlich in den Ostprovinzen, bestehenden traurigen Verhältnisse, die nur noch dadurch besseht, daß hier noch keine festen Organisationen vorhanden sind, während in den anderen Gegenden Deutschlands die Lage der Arbeiter durch die Organisation bedeutend gehoben wurde. Auch hier in Breslau habe es man aber gesehen, daß die Organisation gestrichelt wird, denn bald nach Gründung einer Filiale des Zentral-Verbandes der Brauer und Vereinsgenossen wurden die Löhne um 16 resp. 20 Mt. erhöht, allerdings nur für eine Kategorie (Brauer). Zweifelslos würden aber auch die übrigen Brauereiarbeiter eine Erhöhung der Löhne und Anderes erringen, wenn alle organisiert sind. Weiter kam Redner auch auf die Kämpfe der organisierten Brauereiarbeiter und auf die Gegner derselben zu sprechen. Er kritisierte scharf das Verhalten der Bundesgenossen, die ohne jede Scham ihren kampfenden Kollegen in den Rücken fallen, ihre unangelegten Stellungen besetzen und denselben zur Niederlage verurtheilen, was sie dem als „großen Sieg“ und „Erfolge“ in die Welt hinausposaunten. Am Schluß seiner Rede setzte Kollege Bauer den Anwesenden noch den Zweck und die Ziele des Verbandes auseinander und forderte dieselben auf, ihrer Organisation beizutreten. Seine öfters von Beifall unterbrochene Rede lohnte am Schluß anhaltender allgemeiner Beifall. Die Diskussion wurde auch sehr lebhaft, und forderten auch die Redner die Versammlung auf, sich zu organisieren. Der Vorsitzende der Zahlstelle des Verbandes der Transport- und Handelsfahrten verurtheilte die Brauereiarbeiter, daß die Arbeiter nicht zum Brauereiarbeiter-Verbande gehören und sich in ihrem Verstande organisieren sollen; da dies aber mit dem Vortrage nicht zu thun hatte, mußte der Vorsitzende denselben erlassen,

hierüber nicht zu sprechen. Von den anwesenden Bundesgenossen meldete sich trotz Aufforderung keiner zum Wort. Zum 3. Punkt, Breslauer Verhältnisse, sprach zuerst Kollege Wacker, der dieselbe kritisierte nicht nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Wohnungsverhältnisse und die Behandlung der Brauereiarbeiter; die Arbeitszeit in den Brauereien und Mälzereien ist hier immer noch die alte, um 3 resp. 4 Uhr Morgens beginnt die Arbeit und dauert so lange, als es der Geschäftsgang erfordert. Speziell in den Mälzereien und Malzfabriken sieht es sehr traurig aus. In der Malzfabrik, von welcher Herr Malzmeister J. anlässlich des Delegirtentages des Bundes im vorigen Jahre die „alte Burschenherlichkeit“ pries, ist dieselbe längst zum Teufel. Die Gelehrten sind heraus und Ungerlehrte drin. Ebenfalls unter aller Kritik sind die Verhältnisse in den Mälzereien der hiesigen Kreisbier-Genossenschaft. Die im Besitze von Millionen sich befindende Genossenschaft zahlt jetzt noch Löhne, für die man in der Provinz nicht arbeiten mag. Beim Kapitel Behandlung beschäftigte sich Redner mit einigen Vorderburschen der Brauerei E. Haase, speziell mit dem Herrn Brauereiführer Winkler. Der nächste Redner, Kollege K., bei Haase am Tage der Versammlung erst gemeldet wegen Agitation, schilderte die Arbeitsweise in der Mälzerei des genannten Geschäfts, sowie auch die Sonntagsruhe, außerdem führte er noch Fälle an, die die Versammlung in Beileidigkeit versetzen, die aber nicht geeignet sind, die Achtung der Anwesenden vor ihren Vorgesetzten zu erhöhen. Es sprachen noch mehrere Redner über dieses in Breslau unerhörliche Thema, darunter auch der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Arbeitersekretär Neufisch, der die Anwesenden angesichts solcher Zustände aufforderte, sich zu organisieren. Folgende Resolution wurde darauf vom Vorsitzenden verlesen und gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige öffentliche, im Saale der „Kaiserburg“ tagende Versammlung aller in den Brauereien beschäftigten Personen erklärt sich mit dem Referenten einverstanden. In Erwägung, daß die hiesigen Verhältnisse der Brauereiarbeiter noch äußerst schlecht sind und daß dieselben nur durch eine kräftige Organisation gebessert werden können, verpflichten sich die Anwesenden, Mann für Mann dem Zentral-Verbande der deutschen Brauer und Vereinsgenossen beizutreten. Ferner protestirt die Versammlung gegen die Behandlung der organisierten Brauer von Seiten der Vorderburschen der Brauerei E. Haase.“ Hierauf wurde noch vom Kollegen K. beantragt, eine Kommission von drei Mann zu wählen, die den nächsten Tag beim Herrn Brauereibesitzer Haase vorstellig werden sollte wegen der in letzter Zeit erfolgten Entlassungen resp. Maßregelungen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und wurde eine solche gewählt, bestehend aus dem Arbeitersekretär Herrn Neufisch, dem Verbandsvorsitzenden Kollegen Bauer und dem Kollegen Auf-Eberfeld, Vorsitzender der hiesigen Zahlstelle des Verbandes. Unter Anderem machte auch noch ein Redner auf unsere Ortskrankenkasse aufmerksam, welche im März ihre Generalversammlung hat. Mit einem dreifachen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung, in das die Anwesenden brausend einstimmten, schloß der Vorsitzende die von ca. 250 Personen besuchte Versammlung. 48 Mann ließen sich denselben Abend gleich einschreiben.

Anschließend hieran das Resultat der Verhandlung zwischen Herrn Brauereibesitzer Haase und der Kommission. Herr Brauereibesitzer Haase bedauerte, nicht über alle Vorkommnisse in seinem Betriebe informiert sein zu können, erklärte aber der Kommission gegenüber, daß es ihm ganz gleich sei, ob die Leute organisiert sind oder nicht, nur verlange er, daß jeder seine Pflicht thue. Ferner versicherte Herr Haase der Kommission, daß bei Einstellung von Arbeitsskräften nicht nach Organisations- oder Partei-Zugehörigkeit gefragt werden würde, und daß er hierauf begünstigte Instruktionen und Befehle an seine Vorderburschen schon ertheilt habe. Die Entlassung des Kollegen K. könne er nicht wieder zurücknehmen aus Gründen der Disziplin. Agitation im Betriebe werde er nicht dulden, möge sie vom Bund oder vom Verband kommen. Was den zweiten Fall anbetraf, so ist auch sofort der hauptstädtliche Bundes-Kollege entlassen worden. Da nun den Hegeren des Bundes das Hand-werk einer wüthen Agitation gelegt ist, so wird wohl von nun an Ruhe und Frieden im Geschäft herrschen.

Braunschweig. Monatsversammlung vom 3. Januar. Tagesordnung: 1. Eingehung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Kommission betr. der Brauer des Trüger und Feldschlößchen. 3. Wahl des gesammten Vorstandes. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 ließ sich ein Kollege aufnehmen. Ueber Punkt 2 erstattete Kollege Müller den Bericht. Zu Punkt 3 wurden die Kollegen Bloß als erster, Weis als zweiter Vorsitzender, Grob als Kassierer, Weicher als Schriftführer gewählt. Als Vertrauensmänner wurden Lange, Sechsdorf, Schneider und Mehr, als Fahnenträger Kollege Gübner gewählt.

— Monatsversammlung vom 6. Februar. Zum 1. Punkt ließen sich 2 Kollegen aufnehmen. Kollege Förstner erstattete den Kassenbericht, welchen die Revisoren für richtig erklärten und Kollege Förstner allgemeinen Dank erstete. Bei der Wahl der Revisoren zur nächsten Abrechnung und eines 2. Schriftführers wurden die Kollegen Wenzler, Mehr und Klose als Revisoren und Frank als 2. Schriftführer gewählt. Bei Punkt 4, Verschiedenes, erstattete der Vertrauensmann Kollege Förstner den Bericht der Kommission, welche in Homann's Brauerei in Helmstedt vorstellig geworden zwecks Regelung der dortigen Arbeitsverhältnisse. Siehe Nr. 6 der „Brauer Zeitung“. Zu dieser Versammlung waren die Kollegen von Helmstedt anwesend und erklärten, daß Herr Homann ein paar Tage nach den Verhandlungen ihnen gegenüber geduldet habe, er könne unter diesen Arbeitsbedingungen nicht bestehen, und er wäre nur darauf eingegangen, da die Kommission ihm sozusagen das Messer an die Kehle gesetzt hätte, welchem aber unser Vertrauensmann widersprach und den Anwesenden den Vorgang der Verhandlung klar legte. Herr Homann wickte zu dem früheren Arbeitslohn 1 Mt. pro Woche zulegen, die effiziente Arbeitszeit und im Geschäft schälen beibehalten. Die Kollegen von dort überließen es der Versammlung, darüber zu urtheilen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, einen eingeschriebenen Brief an Herrn Homann zu senden, worin bemerkt werden sollte, daß wir an der bei der Verhandlung getroffenen Vereinbarung festhalten und im Falle Herr Homann dieselbe doch nicht einhält, wir uns mit dem dortigen Gewerkschaftskartell in Verbindung setzen. Ferner wurde vom Kollegen Klose der Antrag auf Ausschluß eines Kollegen gestellt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Sache zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu bringen.

Chemnitz. Am Sonntag, den 28. Januar, fand im Restaurant „Hoffnung“ eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Arbeiterbewegung, die der Brauereiarbeiter im Besonderen. 2. Diskussion. 3. Anträge zum Verbandstag. 4. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkte hatte Kollege G. Bauer das Referat übernommen, welches dieser in trefflicher Weise erledigte. Reicher Beifall lohnte seinen Vortrag. Zum 2. Punkte meldeten sich einige Kollegen zum Wort, deren Ausführungen darin gipfelten, daß die Anwesenden nun nicht nur den Worten des Referenten Gehör geschenkt und wieder nach Hause gingen, um dem alten Schlenkerian weiter zu huldrigen, sondern sich alle der Organisation anschließen möchten und jeder bemüht sein müßte, den gleichgiltigen Mitarbeiter über den Werth der Organisation aufzuklären und dem Verbande Mitglieder zuzuführen, damit auch hier einmal der Willkürherrschaft der Brauereiarbeiter und ihrer Vorderburschen ein Ende gemacht wird. Unter Punkt 3 stellte Kollege Th. den Antrag, die Anträge so zu belassen, wie sie zur Kreisversammlung dem Agitationskomitee überwiesen worden sind, welcher angenommen wurde. Kollege 2. stellte dann noch an Kollegen Bauer die Anfrage, wann der Verbands-

lag stände und wie weit die Vorarbeiten zur Wahlkreis-einteilung gediehen sind. Nachdem Kollege Bauer darüber Auskunft erteilt, war dieser Punkt erledigt. Unter Punkt 4 wurden wieder die verschiedensten Klagen geführt über Mißstände in den Brauereien. So glaubt wohl der Oberböttcher der Schloßbrauerei ab und zu eine Lauge brechen zu müssen für seinen seit Kurzem dort beschäftigten Sohn beim Herrn Direktor, indem er von diesem ausgehende, ganz harmlose Gespräche zum Herrn Direktor trägt und diesen einen Sinn verleiht, um daraus Entlassungen bewerkstelligen zu können. Es ist nur zu bedauern, daß die Böttcher der Schloßbrauerei sich nicht dazu aufraffen können, einer Organisation sich anzuschließen. Nach einem Schlußwort des Kollegen Bauer schloß die gut besuchte Versammlung, welche sich noch besser gehalten haben würde, wenn die Kollegen und Mitarbeiter der größeren Brauereien von Chemnitz (Schloß-, Bergschloß-, Feldschloßhühners- und Stadtbrauerei) es nicht vorzögen, lieber beim Stat und bei der „Pietzche“ im Schlander sitzen zu bleiben und dort weidlich über die Mißstände herzu ziehen und zu denken, man wird für uns schon mit sorgen, anstatt sich ein Beispiel zu nehmen an den Kollegen, die keinen Weg scheuen und stundenweit zur Versammlung kommen und sich dem Verband anschließen, so die Kollegen von Einsiedel, Wittweide, Frankenberg u. s. w., sogar aus Döbeln waren welche anwesend. Nicht die Sympathie thut es, sondern ein Jeder muß sich dem Verbands anschließen und mit rathen und thaten.

Dresden. Sonnabend, den 3. Februar, tagte eine außerordentliche Generalversammlung im kleinen Saale des „Trianon“ mit folgender Tagesordnung: 1. Nachwahl zum Vorstand. 2. Bericht der Kommission. 3. Gewerkschaftliches. Im ersten Punkt wurde Kollege Kämpf, Unionbrauerei, per Stimmentafel mit großer Majorität zum 1. Vorsitzenden gewählt, da Kollege Winkler sein Amt niedergelegt. Als Krankennuntersuchungskassierer wurde Kollege Palmberger wiedergewählt. Zugleich wurde der Antrag angenommen, für die Krankennuntersuchungskasse Plafate drucken zu lassen, die in den Brauereischäländern aushängt werden sollen zwecks Agitation für die Kasse. Zum zweiten Punkt erstattete Kollege Thiers Bericht: Die Gambriusbrauerei hatte ihren Mälzern in Wöllnitz 5 Mk. und dem 1. Mälzer 10 Mk. zugelegt, will sich aber auf die anderen Forderungen nicht einlassen, weil sie an dem Geschäft schon zusehen muß und die Nacht aufgeben will, verspricht aber, bei Bedarf die Mälzer nach und nach ins Hauptgeschäft einzustellen. Die Kollegen erklären sich vorläufig damit zufrieden. In Weichen wollen die Kollegen mit den Unternehmern selbst unterhandeln und in Kladeberg soll die Sache dem dortigen Gewerkschaftskartell überwiesen werden, doch haben wir noch keine genaue Nachricht, weil von den Orten keiner anwesend ist. In der Schächischen sowohl wie in der Dresdener Malzfabrik, vorm. Paul König, soll die Kommission nochmals vorstellig werden, ebenso in der Unionbrauerei wie im Bergbräu und soll bei Bedarf eine Deputation der dort Arbeitenden hinzugezogen werden. In der Feldschloßhühnersbrauerei wollten die Kollegen selbst nochmals mit der Direktion unterhandeln wegen Abstellung der Mißstände. Unter Anderem wurde hervorgehoben, daß der Brauereiführer des Feldschloßhühners Wohlthatereintrichtungen, wie Krankennuntersuchung u. s. w., illusorisch zu machen sucht und die Kollegen Thomas und Sawatsky die organisierten Arbeiter herauszubringen suchen. Nachdem noch Kollege Kiepler zu einem Besuch bei Frickling in Mägeln eingeladen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Frankfurt a. M. (Wir werden um Aufnahme des nachfolgenden ersucht.) In der am Sonntag, den 25. Januar d. J., stattgehabten Versammlung der Gesellschaft zur Errichtung einer Genossenschafts-Brauerei, welche von Interessenten gut besucht war, wurde die Taktik des Vorstandes betreffs Anwerbung von Mitgliedern gutgeheißen. Es wurde anerkannt, daß die ruhige, sachgemäße Agitation dem Unternehmen förderlicher sei, als das rasche und wiedererprechende Handeln. Die Mitglieder haben trotz der fortgesetzten Gegenagitation, welche betrieben wurde, sich um eine ansehnliche Zahl vermehrt. Die Beiträge sollen von jetzt ab in den Wohnungen abgeholt werden, ebenfalls wurden die Mitglieder aufgefordert, den Vorstand durch Zuführen von Mitgliedern zu unterstützen. Wenn auch von verschiedenen Seiten mit Wägeln auf dieses Unternehmen geblickt wird, so werden doch die Personen, welche von den gewerkschaftlichen Frankfurter Brauereiarbeitern den Auftrag erhalten haben, ein solches Unternehmen zu gründen, sich ihrer Aufgabe bewußt sein und nicht eher rasten, bis der Schlußstein zu diesem Etablissement gelegt ist. Die Arbeiterschaft, welche jetzt mit banger Erwartung auf die Flottenvorlage sieht, welche ihr wieder verschiedene indirekte Steuererhöhungen bringen wird, kann sich auch mit dem Gedanken vertraut machen, daß zu diesen neuen indirekten Steuern auch die Brauerei gehören wird. Es wird wohl Niemandem einfallen, zu glauben, daß die Brauerei-Unternehmer sich den Beitrag der Brauerei an ihrem Heingewinn fürzen lassen werden; sie werden den Betrag entweder den Arbeitern an ihrem Lohn fürzen oder aber dem Bier verkaufovermehrenden Publikum das Bier verteuern. Die Frankfurter Unternehmern sind jetzt rühmig an der Anwerbung von Mitgliedern zum Ring (die Verschmelzung der Schächischen Brauereien ist auch eine Frucht davon), um dann gemeinsam den Aufsicht des Bieres vorzunehmen. Es ist deswegen von großer Tragweite für die Arbeiterschaft, daß unser Unternehmen gegründet wird und festehen kann. Deshalb fördert ein Jeder dieses schwere, aber nutzbringende Unternehmen dadurch, daß er der „Gesellschaft zur Errichtung einer Genossenschafts-Brauerei“ beiträgt.

Gera. Am 4. Februar tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung im Reich's Lokal. Unter Punkt 1 berichtigte die Vergütungskommission über die Vorarbeiten zum Stützungs-fest und findet selbigen am 25. März im Etablissement „Reich's-Tone“ statt. Im Punkt 2 wurde über mehrere Anträge zum 2. Verbandstag lebhaft debattiert und werden noch mehrere in der nächsten Versammlung den Mitgliedern zur Diskussion gestellt. Weiter forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, Stellung zur Wahl eines Delegierten zu nehmen. Mit einem kräftigen Appell, dafür Sorge zu tragen, daß künftig die Versammlungen etwas besser besucht werden, schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Am Schluß derselben wurde für einen Kranken fremden Kollegen eine Teilerfassung veranstaltet, welche 2,30 Mk. ergab.

Greiz. Versammlung vom 3. Februar. Der Bevollmächtigte erstattete den Bericht über den Verlauf der Bewegung der Brauerei Schmidt in Elsterberg. Das ablehnende Verhalten wurde nicht weiter bewundert, da man Herrn F. Schmidt schon zur Genüge kennt, dagegen aber das Verhalten des Würtzlers Stühr seinen anderen Kollegen gegenüber, welcher in der öffentlichen Versammlung Feuer und Flamme für Verbesserung der Verhältnisse war, scharf gerügt. Die Kollegen versprachen, darüber zu wachen, daß im genannten Betriebe die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden, wenn nicht, Ingehe beim Fabriksinspektor zu erstatten. Im 2. Punkt wurden die zum Verbandstag zu stellenden Anträge reiflich erwogen und der Wunsch geäußert, daß sie möglichst alle zur Annahme gelangen möchten zum Wohle unser Aller. Unter „Verschiedenes“ beschloß man sich mit einigen lokalen Fragen. Nach einem Appell, mehr denn je zuvor zur Organisation zu stehen, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Hamburg. (Sektion der Hilfsarbeiter.) Am 28. Januar fand bei Herrn, Sohe Weichen, Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende das Wohlleben des Kollegen Vater, Vertrauensmann auf der Vereinsbrauerei Bergedorf, bekannt. Das Andenken derselben wurde durch Erheben von den Tischen gelehrt. Die Verhandlung vom

4. Quartal ergab eine Einnahme von 1422,05 Mk., der eine Ausgabe von 898,70 Mk. gegenübersteht. An freiwilligen Beiträgen gingen 1061,60 Mk. ein. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 3917,25 Mk., eine Ausgabe von 3493,90 Mk., darunter an Arbeitslohnunterstützung 148 Mk. Kassenbestand am 1. Januar 523,55 Mk. An freiwilligen Beiträgen gingen ein 3686,10 Mk., darunter für Frankfurter Kollegen 1091,95 Mk., für Kollegen der Schloß-Brauerei 1024 Mk. Der Kassenbericht, der jedem Kollegen gedruckt vorlag, wurde für richtig befunden. So dann wurde der Jahresbericht erörtert. Es fanden statt 33 Versammlungen, 6 Vorstandssitzungen. Die Lohnkommission mußte in vielen Fällen eintreten, zum größten Theile mit Erfolg. Lohnforderungen wurden auf verschiedenen Brauereien gestellt, in einem Falle mußte zum Streit gegriffen werden; jedoch wurde die Sache in zwei Tagen geregelt. Im Gegensatz zu früher mußte konstatiert werden, daß die Warmbeker Brauerei die höchsten Löhne von jümmlichen Hamburg-Altonaer Brauereien augenblicklich zahlt, nämlich Arbeiter 24 Mk. pro Woche, Ställeute 25 Mk. pro Woche. Ferner wurde noch auf verschiedenen Brauereien das Sonntagsfahren abgeklärt; hierbei wurde namentlich das Entgegenkommen der Harmonia-Brauerei den Bierkutschern und Stalleuten, die sich im Laufe des Jahres förmlich organisiert haben, gegenüber lobend erwähnt. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 485, davon sind 48 dem Bergedorfer Kartell angeschlossen, die übrigen dem Hamburger. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Staats, 2. Wirtorf, 2. Kassierer Jung, 1. Schriftführer Malch, 2. Revisor, Revisoren Rathlau, Petersen, Dose, Erjmann, Ziegler, Kartelldelegierte Staats, Wirtorf, Madat. Von der Wahl einer Lohnkommission wurde Abstand genommen, jedoch ein Antrag angenommen, wonach auf jeder Brauerei zwei Mann gewählt werden sollen, die im Falle von Streitigkeiten die Sache mit dem Vorsitzenden unserer Sektion zusammen regeln. Das Festkomitee wurde gewählt Malch, Seidenstecher, Madat, Dose, Haedge, Griefe, Serdy und Weis. Von den Anträgen zum Verbandstag wurde einer: „Der Verband führt fernerhin den Namen „Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter“; Zeitungs-titel ist zu beibehalten“ angenommen. Die übrigen wurden bis zur nächsten Generalversammlung, die sich speziell mit dem Verbandstage befassen soll, zurückgestellt. Das von der Arbeitsnachweis-Kommission ausgearbeitete Reglement wurde angenommen und soll gedruckt jedem Mitgliedsbuche beigelegt werden. — Ein Sommervergügen soll am 13. Mai bei Käseberg, Winterhude, und Mitte August ein solches in Stübchen's Volksgarten, Reihersstieg, abgehalten werden. Vor Schluß der Versammlung machte der Vorsitzende die Kollegen an die noch zu bedende Schuld vom Schloß-Streit, der uns durch unser solidarisches Verhalten zu den Küfern nahezu 4000 Mk. gekostet hat. Nach Verlesen der Präzisionsliste, die ergab, daß 16 Brauereien vertreten und 4, nämlich Wolfmann, Winterhuder, Vereinsbrauerei Bergedorf und Waldbrauerei zeigten, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Hann. Versammlung vom 4. Februar. Im 1. Punkt der Tagesordnung ließ sich ein Kollege aufmachen und zwei werden umgedrückt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell Bielefeld erstattete Kollege G. Die Kollegen H. und K. theilten mit, daß die allgemeine Arbeiterbewegung in Hann. einen derartigen Fortschritt gemacht habe, daß wir hier in der Weis eines eigenen Gewerkschaftskartells gekommen sind. Kollege H. ernannte die Kollegen, das Kartell nun aber auch mit den nötigen Geldmitteln zu unterstützen. Der Bericht der Kommission betreffs Stellung von Anträgen zum Verbandstag lautete: Im § 7 Abs. 3 heißt es: „Mitglieder, welche von einem Zweigvereins-Vorstand oder vom Zentral-Vorstand dazu berufen werden, in agitatorischer Weise thätig zu sein, sollen, falls sie gemahnt werden, eine Unterstützung bis zur Höhe von 1/2 des durchschnittlichen Wochenlohnes erhalten.“ Letzteres soll geändert werden in: „bis zur Höhe des ganzen Wochenlohnes.“ Zu § 20 Abs. 2 soll hinzugefügt werden: „Ist in einem Zweigverein oder einer Zahlstelle nach Ablauf von 4 Wochen nach Quartalschluß keine Abrechnung erfolgt, so hat der Hauptvorstand das in dem Bezirk liegende Agitationskomitee mit der Revision der jümmigen Zahlstelle zu beauftragen. Zu § 22: Jede Zahlstelle oder Zweigverein, im Bezirk einer Agitationskommission liegend, ist verpflichtet, die Agitations-Kommission anzuerkennen und zu ihrer Unterhaltung genügend beizutragen. — Ferner: Die Abrechnung der Hauptkassier in der Zeitung soll in der ersten Hälfte des folgenden Quartals erfolgen. — Auf der Reifelegitimation soll der Eintritt eines jeden Mitgliedes in den Verband verzeichnet werden, zur besseren Kontrolle für den Auszahler. — Die Namen in den Korrespondenzen sollen unbedingt fortbleiben und nicht veröffentlicht werden. — Der nächste Verbandstag soll in Dortmund tagen. — Die Auszahler der Arbeitslohn-Unterstützung sollen ihre Abrechnung von der der Zweigvereins-Verwaltung getrennt halten, nur mit der Hauptkasse zu verrechnen haben und auch das nötige Geld von dieser angewiesen erhalten, zur besseren Uebersicht und Erleichterung des Kasseneffens, zumal bei den größeren Zahlstellen. — Der Verbandstag soll vom Hauptvorstand einen genaueren und richtigeren Aufschluß über das jümmervolle Ende des Frankfurter Streits verlangen. — Der Verbandstag soll sich mit der Vereinigung der beiden Verbände, Zentralverband der Küfer und Zentralverband der Brauer, beschäftigen. Der Hauptvorstand der Küfer soll betreffs dieser Sache zum Verbandstag eingeladen werden. — Sodann wurde Kollege Ruchsigka einstimmig als Delegierter zum Verbandstag für die hiesige Zahlstelle vorgeschlagen. Ueber die Mißstände in der Brauerei in Soest theilte ein dort beschäftigter Kollege mit, daß die Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr dauert, ausschließlich 1/2 Stunde Frühstück, 1/2 Stunde Mittag- und 1/2 Stunde Vesperpause. Im Sommer sei es aber auch nichts Neues, wenn es mitunter bis 12 Uhr Nachts gehe. Als sich ein Kollege weigerte, länger zu arbeiten und vom Braumeister Bezahlung der Ueberstunden verlangte, versprach dieser auch das Beste. Beim Auszahlen wurden dem Kollegen 20 Pf. für die Stunde geboten, doch ließ sich der Buchhalter bis zu 25 Pf. herausfordern. Lohn giebt es 40 Mk. pro Monat bei freier Kost, welche aber viel zu wünschen übrig läßt. Es wurde den Kollegen der Rath gegeben, sie möchten unter sich einmal beraten, wie diesem Uebelstande unter unserer Hilfe abzuhelfen sei. Unter „Verschiedenes“ wurde in Erwähnung gebracht, daß in den Vorstand eines Agitations-Komitees nur solche Personen gewählt werden müßten, die zur Zeit auch noch in unserer Branche thätig sind. Sämmtliches Papier, das zu Vereins-zwecken gebraucht wird, soll mit dem Namen des Verbandes bedruckt sein. Alle Anträge wurden angenommen.

Kiel. (Sekt. der Brauer.) Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung tagte Sonnabend, den 10. Februar, bei Einsiedel, alte Reihe 2. Nachdem der 1. Punkt, Einziehen der Beiträge und Aufnahme, erledigt war, erstattete Kollege G. den Kartellbericht. Im Punkt 3, Anträge zum Verbandstag, wurde der Antrag gestellt, den nächsten Verbandstag in Kiel abzuhalten, ferner, im Falle der Beitrag erhöht wird, möchte er w o d e n t l i c h bezahlt werden. Punkt 4, Kassenbericht, ergab folgendes Resultat: Einnahme inkl. Kassenbestand am 1. Oktober 1899 381,50 Mk., Ausgabe 260,57 Mk., bleibt Bestand am 1. Januar 1900 120,93 Mk. Ferner theilte der Kassierer mit, daß für den verstorbenen Genossen Dengel 17,50 Mk. und für die Familie Ahlers in Dresden 23,80 Mk. eingegangen sind. Hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Betreffs des zweiten Winter-Vergütens wurde beschlossen, dasselbe bis zum 17. März abzuhalten, andernfalls wir dasselbe fallen lassen. Unter „Verschiedenes“ wurde zunächst beschlossen, Stellung zur Waifeier zu nehmen, sodann wurde eine Kommission von 2 Mann gewählt, welche die Vorarbeiten erledigen soll.

Forstheim. Am 28. Januar fand die ordentliche Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins statt. Der Vorsitzende

gab den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Danach haben im verfloffenen Jahre 22 Versammlungen, darunter eine außerordentliche, 20 Mitgliederversammlungen und eine Geschäftsversammlung, Bayrisches Brauhaus betreffend, stattgefunden. Als weiterer Punkt wurde die Vereinbarungen vom Jahre 1897 verlesen und von verschiedenen Kollegen aufs schärfste kritisiert; sodann wurde in dieser Angelegenheit die ganze Sache dem Ausschuss überlassen, welcher dieselbe regeln soll. Es wurden ferner die Anträge vom vorigen Jahre ohne Debatte beibehalten, auch sind von Seiten des Vorsitzenden Kollegen Endreß einige neue Anträge eingegangen, zu welchen sich von Seiten der Kollegen Krailinger und Endreß eine lebhafteste Debatte entspann. Als weiteren Punkt gab Kollege Endreß den Kassenbericht vom abgelaufenen Geschäftsjahr bekannt. Bestand am 1. Januar 1899: 3,75 Mk. An Beiträgen gingen ein: 471 Beiträge à 1 Mk., Summa 471 Mk. Aufnahmen: 43. An Unterstützung für die Frankfurter Kollegen gingen ein 67,55 Mk. Summa der Einnahmen 538,30 Mk. Ausgaben: an die Hauptkasse eingekandt 333,25 Mk., Krankennuntersuchung 90 Mark, Reiseunterstützung 29 Mark, für Agitation 34,19 Mark, Vergütung für Versammlungen 1,15 Mark, Porto und Schreibmaterialien 19,16 Mark, Streifenunterstützung 67,55 Mk. Summa der Ausgaben 585,30 Mk. Die Abrechnung wurde von der Versammlung für richtig befunden und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde als 1. Vorsitzender Kollege Endreß wiedergewählt, als 1. Kassierer Kollege Krailinger und als 1. Schriftführer Weber wiedergewählt; als 2. Vorsitzender Feiler, als 2. Kassierer Schwarz und als 2. Schriftführer Spindler, als Revisoren Würfl und Beschhorn. Als Vertrauensleute wurden Huber, Wis und Maile gewählt. Von der Wahl des Vertrauensmannes für die Mählader Kollegen wurde vorerst Abstand genommen, da die betreffenden Kollegen sehr schwach vertreten waren. Im Punkt „Verschiedenes“ gab Reichhorn der Versammlung noch bekannt, daß in den nächsten Tagen die Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse stattfindet, wo auch die Brauer ihre Pflicht thun sollten.

Hünnebeck. Dem Beschlusse der Kreisversammlung Rechnung tragend, tagte am Sonntag, den 11. Februar, eine kombinierte Versammlung der Zahlstellen Saalfeld, Hünnebeck und Neustadt im Restaurant „Thüringer Hof“ in Hünnebeck. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Brauereien. 2. Verschmelzung der drei genannten Zahlstellen. 3. Anträge zum Verbandstag. 4. Stellungnahme zur Kreisversammlung. 5. Verschiedenes. Unter dem 1. Punkt wurde die überaus traurige Lage der Brauereiarbeiter geäußert, insbesondere die der Bierfahrer. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo Bierfahrer wöchentlich bloß eine Nacht geruht haben, und bei einem Lohn von 19 Mk. wöchentlich. Mißstände jeglicher Art wurden zur Tagesordnung, besonders in der Unionbrauerei in Saalfeld und der Hofenbrauerei in Hünnebeck. In Bezug auf die Mißstände, welche den Bestimmungen der Gewerbeordnung zuwider laufen, soll Anzeige beim Gewerbeinspektor gemacht werden. Unter Punkt 2 sprachen die Anwesenden ihr Bedauern über den auf der Kreisversammlung gefassten Beschluß betreffs Verschmelzung der drei Zahlstellen aus, und beschloß, dem Beschluß in Folge der dort herrschenden Situation nicht beistimmen zu können, da es wohl einen Rückschritt bedeute. Im folgenden Punkt wurde einigen Vorschlägen zugestimmt. Die gefassten Anträge gelten als gestellt von den drei Zahlstellen. Die Kreisversammlung soll vom Kollegen Wiedemann, welcher einstimmig gewählt ist, vertreten werden; der Bericht wird ebenfalls in einer kombinierten Versammlung der drei Zahlstellen gegeben. Anträge hierzu wurden nicht gestellt, da auf dem Gebiete der Agitation wenig Erfahrung gesammelt wurde. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden einige belanglose Sachen erledigt. Zum Schluß wurden die Anwesenden aufgefordert, fester als bisher für die Organisation thätig zu sein und nicht nachzulassen, damit unseren Wünschen endlich Rechnung getragen werde.

Kadeberg. In der am 31. Januar in der Zentralherberge stattgehabten Brauereiarbeiter-Versammlung referirte Kollege Bauer zum 1. Punkt der Tagesordnung. Derselbe erledigte seine Aufgabe unter großer Beifallsbezeugung der Anwesenden. Im 2. Punkt kamen die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Kadeberger Exportbier-Brauerei zur Sprache, wonach man sich wundern muß, daß eine so große Aktien-Gesellschaft es noch fertig bringt, die Brauereiarbeiter in dieser Weise auszubeuten. So bringt es die Leitung der Brauerei, trotzdem es eine gesetzliche Sonntagsruhe giebt, noch fertig, daß verschiedene Leute überhaupt noch keine Sonntagsruhe gehabt haben, auch noch Zustände herrschen, welche der jetzigen Zeit schon sprechen. In Anbetracht dieser Thatfachen wurde eine Kommission gewählt, welche bei der Direktion vorstellig werden soll, damit dieser Ausbeutung Einhalt gethan werde; gleichfalls soll für einen Lohn von 110 Mk. monatlich, sowie Anerkennung des Arbeits-nachweises fordern. Die Konsumenten dieser Brauerei bestehen zum größten Theil aus Arbeitern und hoffen wir auch auf weitgehendes Entgegenkommen auf unsere durchaus gerechtfertigten Forderungen. Unter „Gewerkschaftliches“ kam noch eine Lokalfrage zur Sprache, wobei die Saalbesitzer gerade nicht im schönsten Licht erschienen, worauf die Ingelegenheit dem Gewerkschaftskartell zur Erledigung überwiesen wurde. Dann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Kemnitz. In unserer am 3. Februar stattgefundenen Versammlung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Rechnungsablegung von vierten Quartal. 3. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 4. Referat des Genossen Gohr über: „Bietet die Gewerkschaftsbewegung einen Vortheil für die Arbeiter?“ 5. Verschiedenes. Nachdem der 1. Punkt durch Aufnahme eines Mitgliedes erledigt war, erstattete der Kassierer den Bericht über die Abrechnung des 4. Quartals. Diese war von den Revisoren geprüft und wurde von der Versammlung für gut befunden, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Bei der Wahl eines ersten Vorsitzenden wurde Kollege Maninsched einstimmig gewählt. Im vierten Punkt entledigte sich Gohr seines schon angegebener Referats in altheilig betriebliger Weise. Redner forderte zum Schluß die Anwesenden auf, nicht müßig zu sein, sondern durch tüchtige Agitation, sowie durch festes kreuz Zusammenhalten in Verband unsere Lage im Brauereigewerbe zu verbessern. Nach seinem 1/4-stündigen Vortrage wurde dem Redner allgemeiner Beifall entgegengebracht. Unter „Verschiedenes“ äußerte der Delegierte des Gewerkschaftskartells den Wunsch des Kartells, welcher dahin geht, daß wir in unserm Versammlungslokal unsere Zeitung auslegen, ferner den „Arbeitsmarkt“ abonnieren und auch daselbst auslegen. Dieses Ersuchen wird von der Versammlung genehmigt. Im Weiteren forderte Redner die Anwesenden auf, sich doch endlich aufzuraffen, um in allen Gesessenen Kemnitzs darauf hinzuwirken, daß eine einheitliche Arbeitszeit und zwar von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends eingeführt und noch vorhandene Mißstände beseitigt würden. Daraufhin wurde der Vorschlag gemacht, in jedem Geschäft eine Kommission zu wählen, welche die Sache ausarbeiten und in der nächsten Versammlung Vorschläge machen soll. Anträge zum nächsten Verbandstag mußten der vorgerückten Stunde wegen auf das nächste Mal verschoben werden. Zum Schluß ergriff der Vorsitzende das Wort und ernannte die Mitglieder, recht fest a. u. Verband zu halten, um unsere Lage zu verbessern. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eingekandt.

Mechau. Die Ervingenchaften, welche die hiesigen Brauereiarbeiter vor einigen Jahren durch den Verband erzielten, machten einige derselben übermüthig, sie glaubten,

